DIE NEUE JÜLICHER - Zeitung für Politik & Kultur • gratis • 03. Jahrgang • Ausgabe Nr. 7 • September 2017 • Auflage: 10.000

DIE NEUE JÜLICHER

Zeitung für lokale Politik & Kultur

Haushalt 2017 • Oliver Krischer • Mit den Grünen... • Musikschule • Canabiskontrollgesetz • u.v.m

- SPEZIAL - FINANZ AUSGABE

Abb.: B90/DG

Kultur in Jülich, aber wo?

Auch für die kommende Saison 2017/18 präsentieren die Mitarbeiter des städtischen Kulturbüros unter Leitung von Christoph Klemens wieder ein überzeugendes Kulturprogramm.

Jülich • Das Kulturprogramm sucht, verglichen mit ähnlichen Städten, seinesgleichen - auch finanziell. Denn während in anderen Bereichen über die Höhe der Zuschüsse gestritten wird, kommt das Kulturprogramm, trotz seines Umfangs, fast ohne städtische Zuschüsse aus.
Kabarettreihe, Kindertheater, Kinderkonzertreihe und -kultursommer gehören inzwischen zum festen Bestandteil des Jülicher Kulturprogramms wie auch die Kulturstrolche, der Kulturrucksack und das Open-Air Kino. Die Opernfahrt in die Deutsche Oper am Rhein wird aufgrund der großen Nachfrage auch weiterhin angeboten. Diesesmal stehen „Die lustigen Weiber von Windsor" im Angebot.

Auch die Theaterreihe, die in der Vergangenheit zeitweise in der Kritik stand, hat sich stabilisiert. Sie bleibt zwar der einzig defizitäre Bereich, aber angesichts der Qualität des Angebots erscheint ein Defizit von eintausend Euro im Jahr 2016 doch eher lächerlich. Den krönenden Abschluss der Theatersaison 2016/17 bildete das N.N. Theater aus Köln. Passend zum Lutherjahr wurde das Leben Luthers mit seinen Höhen, Tiefen und Abgründen in teilweise sehr humoristischer Weise inszeniert. Auch aktuelle Bezüge wie „Vatikan first" als Begründung des Ablasshandels oder „Ehe für Alle" als Rechtfertigung für Luthers Ehe mit einer geflohenen Nonne wurden gekonnt eingearbeitet. Der frenetische Applaus, mit dem dieses Stück bedacht wurde, lässt für die kommende Saison hoffen - sowohl was das Angebot als auch was den Zuschauerzuspruch angeht. Unter dem Motto „Wissen & Weisheit" startet diese am 20. Oktober 2017 mit dem Klassiker „Die Physiker" von Friedrich Dürrenmatt.

Blickt man auf die Veranstaltungsorte, dann schiebt sich allerdings ein Schatten über das Jülicher Kulturprogramm. Die Stadthalle bildet hier neben dem KuBa immer noch das Rückgrat des Jülicher Kulturgeschehens. Sie soll jedoch im Frühjahr 2019 geschlossen werden. Die Tatsache, dass der Termin bereits zweimal verschoben wurde, unterstreicht ihre Bedeutung. Brandschutzmaßnahmen mit einem Finanzvolumen im oberen sechsstelligen Bereich sind dringend notwendig. Diese Investitionen seien jedoch bei einem derartig maroden Baukörper nicht mehr zu rechtfertigen, begründet Bürgermeister Axel Fuchs die Schließungspläne. Das klingt vernünftig. Allerdings wären bei einem Veranstaltungsort mit dieser Bedeutung auch rechtzeitige Planungen für einen Ersatz zu erwarten gewesen. Diese lassen allerdings immer noch auf sich warten. Stattdessen wird jetzt zunächst über ein Zelt im Stadtgarten des Brückenkopfparks als „Übergangslösung" nachgedacht. Auch dies wäre vernünftig, wenn zeitgleich mit der Realisierung eines neuen, dauerhaften Veranstaltungsraumes als Stadthallenersatz begonnen würde. Derzeit droht jedoch die „Übergangslösung" zur Dauerlösung zu werden. Es lohnt sich aber auch ein finanzieller Vergleich. Das nackte Zelt ohne Innenausstattung soll nach ersten Schätzungen über 400.000 Euro kosten. Dazu kämen die Kosten für Inneneinrichtung und Infrastruktur. Man würde also in die Bereiche vorstoßen, die der Brandschutz bei der Stadthalle kosten würde. Unter diesem Gesichtspunkt stellt sich natürlich die Frage, ob eine Brandschutzsanierung der Stadthalle nicht die bessere „Übergangslösung" wäre. Die Kosten für einen Neubau würden ja in beiden Fällen noch folgen. Auf jedem Fall wäre die Brandschutzsanierung eine Lösung, bei der die zentrale Lage und auch genügend Parkplätze erhalten blieben.

LB

Wahlkampf

Die Parteifarben am Samstag in der Fußgängerzone verkünden es. Es herrscht wieder Wahlkampf. Unsere letzte Ausgabe, anlässlich des Landtagswahlkampfes, hatte sich schwerpunktmäßig mit dem Thema soziale Gerechtigkeit beschäftigt. Ein Thema, das auch im Bundestagswahlkampf eine wichtige Rolle spielt, von uns jedoch in dieser Ausgabe nicht erneut aufgegriffen wird. Die vorherigen Ausgaben stehen Ihnen dazu natürlich im Internet unter www.dieneuejuelicher.de zur Verfügung.
Der Giftskandal in Hühnereiern, die Diesel-Abgasaffäre und die Nitratbelastung des Grundwassers sind ebensolche aktuellen Themen, sowohl in der Region als auch auf Bundes- und europäischer Ebene. Wir betrachten sie in dieser Ausgabe unter den Aspekten industrielle Landwirtschaft und Klimaschutz. Dazu finden sie auch einen Gastbeitrag von Oliver Krischer, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Bundestag und Grünen Spitzenkandidaten im Wahlkreis Düren.
„Mit den Grünen wär das nicht passiert" unter diesem Titel betrachtet Bernd Ulrich in einem Artikel für die Wochenzeitung DIE ZEIT die Auswirkungen fehlender Grüner Regierungsbeteiligung für Deutschland. Einen Artikel den wir gerne für Sie in diese Ausgabe übernommen haben.
Neben den aktuellen bundespolitischen Themen stand in Jülich die Verabschiedung des Haushalts für 2017 im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Die Beschlüsse zur Stadtbibliothek, Musikschule und Grundsteuer waren dabei bereits die Aufreger in den sozialen Medien im Internet. Wir beleuchten diese Themen in dieser Ausgabe aus Grüner Sicht. Natürlich finden Sie am Ende wie immer unser Kreuzworträtsel mit den üblichen lokalen Anklängen und Kinokarten als möglichen Gewinn.
Wir wünschen Ihnen auch bei unserer siebten Ausgabe informative Lektüre.

Red.

ANZEIGE

Sparbeschlüsse zur Musikschule

Die Ratsbeschlüsse zur Musikschule und zur Stadtbücherei, die im Rahmen der Haushaltberatungen getroffen wurden, haben zu einer erheblichen Diskussion in der Öffentlichkeit und in den sozialen Medien geführt.

Jülich • Leider werden immer wieder Behauptungen aufgestellt, die vom Rat so nie beschlossen wurden. Es trifft nicht zu, dass die Musikschule 50% ihres Zuschussbedarfes einsparen muss.
Es trifft nicht zu, dass die Musikschule sich künftig nur noch um die musikalische Grundausbildung von Kindern kümmern soll.
Richtig sind folgende Beschlüsse des Stadtrates zur Musikschule:

1. Die Musikschule konzentriert sich zukünftig vordringlich darauf, Kinder an die Musik heranzuführen. Zu diesem Zweck werden Kooperationsverträge mit Grundschulen, Offenen Ganztagsschulen, städtischen Kitas sowie Kitas anderer Träger bis Mitte 2018 geschlossen. Des Weiteren sind Kooperationen mit den umliegenden Nachbarkommunen zu prüfen. Liegen bis Mitte 2018 die Kooperationsverträge nicht vor, ist der Bestand der Musikschule gefährdet.

2. Über die musikalische Grundausbildung hinausgehende Angebote können bei Erhalt der Musikschule nur kostendeckend und in Kooperation mit den Nachbarkommunen realisiert werden. Konzepte und Kooperationsverträge sind dem Fachausschuss zur Beratung vorzulegen.

Es wurden also keine konkreten Einsparziele beschlossen, und auch die musikalische Grundausbildung soll zwar vordringlich, jedoch nicht ausschließlich angeboten werden. Daneben ist die Forderung nach einer stärkeren Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen auch nicht neu sondern wird unter anderem von den Grünen

©hayo - stock.adobe.com

auch schon seit Jahren erhoben. Ebenso die Interkommunale Zusammenarbeit. Die VHS Jülicher Land zeigt derzeit, was hier im Bildungsbereich zum Vorteil aller beteiligten Kommunen möglich ist.
Natürlich ging es den Antragstellern (SPD und CDU) um finanzielle Einsparungen, was auch in der politischen Diskussion deutlich wurde. Die Grünen haben aber darauf hingewiesen, dass Kooperationsverträge nicht zwangsläufig zu finanziellen Einsparungen führen und bei der Kooperation mit Schulen sehr darauf zu achten ist, dass die Musikschule nicht den Musikunterricht ersetzt, dessen Finanzierung eigentlich die Aufgabe des Landes ist.

Bei aller Notwendigkeit zu sparen gilt auch bei der musikalischen Ausbildung ein Zitat von John F. Kennedy. „Das Einzige, was teurer ist als Bildung, ist keine Bildung“

LB

ANZEIGE

Die Grundsteuer B steigt auf 630%

Mit dem Haushalt für 2017 wurde in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause auch die neue Steuersatzung beschlossen.

Jülich • Die Gewerbesteuer bleibt unverändert bei 515%, die Grundsteuer A steigt von 307 auf 350 Prozent und die Grundsteuer B von 535 auf 630 Prozent.
Die Grundsteuer B betrifft vor allem private Immobilien- und Grundstücksbesitzer. Bei Mietwohnungen kann sie vom Eigentümer auf die Mieter umgelegt werden. Diese Erhöhung hat vor allem in den sozialen Medien zu erheblichen Diskussionen und Unmutsäußerungen geführt, während die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung unter den Vertretern im Stadtrat weitgehend unumstritten war.

©simonemuth - stock.adobe.com

Neben der Gewerbesteuer ist die Grundsteuer eine der beiden großen Einnahmequellen einer Stadt, die sie selber beeinflussen kann. Damit liegt hier aber auch eine der wenigen Möglichkeiten, Mindereinnahmen oder höhere Belastungen in anderen Bereichen wie zum Beispiel bei der Kreisumlage auszugleichen, wenn man keine zusätzlichen Sparmaßnahmen ergreifen kann oder will.

Grundsätzlich ist die Grundsteuer ein wesentlicher Baustein, um die freiwilligen Leistungen einer Stadt, also die Annehmlichkeiten für deren Einwohner zu finanzieren. Das sind in Jülich nicht wenige, von denen alle Einwohner profitieren. Beispielhaft seien hier die Bereiche mit den größten jährlichen Kosten genannt: Grünanlagen 880.000 €, Sportanlagen 800.000 €, Brückenkopfpark 600.000 €, Bürger- und Mehrzweckhallen 590.000 €, Musikschule 330.000 €, Stadtbücherei 300.000 €. Auch die städtischen Bäder müssten in dieser Liste eigentlich sehr weit oben auftauchen. Sie werden jedoch von den Stadtwerken betrieben und schmälern deren Gewinn. Einen Gewinn, der dann aber natürlich nicht mehr an die Stadt abgeführt werden kann.

Deutliche Einsparungen in den oben genannten Bereichen können auch zu deutlichen Senkungen bei der Grundsteuer führen. Mit Sicherheit führen sie aber zu ebenso erheblichen Protesten bei den betroffenen Bürgern wie die Erhöhung der Grundsteuer. Wenn diese also nicht noch weiter steigen soll, müssen in Zukunft deutliche Einsparungen bei den oben genannten freiwilligen Leistungen erfolgen, denn das derzeitige Defizit der Stadt muss erheblich verringert werden. Jülich kann sich schon lange die Annehmlichkeiten, die es seinen Bürgern bietet, im bisherigen Umfang nicht mehr leisten. Fehlende Instandhaltungsmaßnahmen an vielen Gebäuden bestätigen das. Die Grundsteuer hätte deshalb eigentlich schon vor Jahren deutlich erhöht werden müssen. Das wollten die Politiker aber ihren Wählern nicht zumuten. Jetzt müssen die Erhöhungen stattdessen drastisch ausfallen.

LB

DER HAUSHALT 2017

Diese Mal sollte es um die dicken Brocken gehen und nicht um den Kleinkram, der doch kaum etwas zur Sanierung des Haushalts beiträgt.

Jülich • So lautete das einhellige Bekenntnis der Politik zu Beginn dieser Haushaltsberatungen. Am Ende ist dann von diesem Bekenntnis nicht viel übrig geblieben.
Auch der Haushalt 2017 ist mal wieder auf Kante genäht, das städtische Eigenkapital ist fast aufgebraucht, aber es gelingt uns weiterhin - zumindest auf dem Papier - ein erfolgreiches Haushaltsicherungskonzept bis 2023 darzustellen.

Nur, es sind eben nicht die eigenen Sparanstrengungen, sondern im Wesentlichen externe Einflüsse, die dafür gesorgt haben, dass es nicht ganz so schlimm gekommen ist, wie noch im letzten Jahr befürchtet. Ohne die Rückzahlung des Landschaftsverbandes und die Gewinne der Stadtwerke hätten wir in diesem Jahr möglicherweise wirklich anfangen müssen zu sparen.

CDU, SPD und Grüne haben sich mit einer Liste von 14 Anträgen durchaus bemüht, konstruktive Vorschläge zum Haushalt zu machen. Allerdings hat fast alles, was dort auf den Weg gebracht wurde eher mittel- bis langfristige Auswirkungen. Im besten Fall werden sie im nächsten Haushaltsjahr wirksam. Dazu gehören mögliche Einsparungen beim Personal oder Einnahmen durch den Verkauf von Grundstücken und Immobilien. In diesem Jahr ist deutlich geworden, dass die Liste der offensichtlichen Einsparmöglichkeiten mit direkter Haushaltswirksamkeit weitgehend erschöpft ist. Ab jetzt geht es tatsächlich an die heiligen Kühe und da hat jede Partei ihre eigenen. Das ist das Problem.

Die Grünen sind der Meinung, dass wir in Jülich einiges mehr erreichen könnten, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen würden und nicht bei Einigen die politische Weitsicht immer an der eigenen Kirchturmspitze enden würde.

Bei den Bürgerhallen haben die Grünen versucht, den Druck zu erhöhen damit eventuelle Übertragungen an Vereine oder auch Verkäufe von Hallen in absehbarer Zeit haushaltswirksam werden. Jülich leistet sich viel zu viele Bürgerhallen, die wir uns eigentlich nicht leisten können und die auch nicht wirklich ausgelastet sind. Auf der anderen Seite verlieren wir in der Innenstadt mit der Stadthalle wahrscheinlich 2019 eine zentrale und dringend notwendige Kultureinrichtung, ohne, das dafür ein Ersatz in Sicht ist.
Eine Situation ähnlich der in anderen Gemeinden, in der wir sagen müssten: Es gibt nichts mehr wo wir noch sparen können, die ist in Jülich allerdings auch noch lange nicht erreicht.
Beispiele sind unsere Sportanlagen, die bei diesen Haushaltsberatungen noch gar keine Rolle gespielt haben, das Fördermittelmanagement, bei dem uns beispielsweise unser Klimamanager Herr Roos gezeigt hat was möglich ist. Und immer wieder die Bürgerhallen.
Auch mit unseren Steuersätzen sind wir im Vergleich mit unseren Nachbarkommunen noch nicht auf dem Spitzenplatz angekommen. Auch hier ist im Ernstfall noch Luft nach oben.
Aber wir schieben dringend notwendige weiterreichende Entscheidungen weiter vor uns her.

Zufrieden war mit dem Haushalt bei den Grünen niemand. Deshalb haben sie auch kein einheitliches Votum für oder gegen den Haushalt abgegeben. Jeder hat für sich selbst das Für und Wider abgewogen.

LB

©eyetronic - stock.adobe.com

ANZEIGE

möbel
einrichtung
kunst-
handwerk

inspiriert von
bedürfnissen und phantasie

derWerkstall

thomas jumpertz
alte dorfstrasse 160_52428 jülich-broich
tel: 015776463097_www.derWerkstall.de

Steht die Stadtbücherei vor dem Aus?

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Stadtrat drastische Einsparmaßnahmen für die Stadtbücherei beschlossen.

Jülich • Die Forderung nach einem Sparkonzept mit einem Einsparvolumen von 50% in den nächsten drei Jahren wurde maßgeblich von der SPD und der CDU vorangetrieben. Bis auf die Grünen haben sich dann auch alle anderen Fraktionen dieser Forderung angeschlossen. Wie in einer nachfolgenden Sitzung des Ausschusses für Kultur, Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing (KWS) von der Bibliotheksleitung erläutert, besteht ein solches Einsparpotential nicht. Der Beschluss kommt daher aus Sicht der Grünen einem Schließungsbeschluss gleich, den sie deshalb nicht unterstützen können.
Die Grünen wünschen sich von der Bibliothek kein Sparkonzept, sondern ein Zukunftskonzept. Angesichts der enormen Konkurrenz durch das Internet muss sich eine Bibliothek heute ganz neu aufstellen und Dienstleistungen anbieten, mit denen das Internet nicht mithalten kann. Fatal für ein Zukunftskonzept wäre es jedenfalls, die Existenz des Internets als einen wesentlichen Konkurrenten einiger bisheriger Bibliotheksdienstleistungen einfach zu ignorieren. Die Liebe zum Buch alleine reicht heute leider nicht mehr aus, um eine Bibliothek zu rechtfertigen. Neben den schon zahlreichen und vielfältigen Veranstaltungen rund ums Buch wären Lesungen und Kurse beispielsweise zur Informationsrecherche auch im Internet mögliche Angebote. Die hier bereits vorhandenen Bestrebungen müssen dringend weiter ausgebaut werden. Die Räumlichkeiten dazu im Kulturhaus wären vorhanden. Kürzungen beim Fachpersonal wären gerade hier allerdings kontraproduktiv. Ein Jülich ohne Stadtbücherei kann hier jedenfalls niemand wirklich wollen.

Foto: B90/DG

Red.

ANZEIGE

Naturkost Jumpertz

Alte Dorfstraße 160
52428 Broich
Telefon 0 24 61 86 87
Fax 0 24 61 34 48 67
christian@naturkost-jumpertz.de
www.naturkost-jumpertz.de

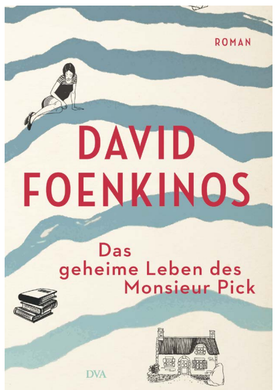
Die Vielfalt der Natur genießen, mit schmackhafter Bio-Kost aus der Region:
Frische Kräuter, Tomaten, Gurken, Bohnen, Kohlrabi, Zucchini,
Kartoffel, Paprika, Peperoni, Auberginen, u. v. m.
...aus eigenem Anbau.

Öffnungszeiten
Dienstag 15:00 – 19:00 Uhr
Freitag 14:00 – 19:00 Uhr
Samstag 9:00 – 16:00 Uhr

Naturland

Ein Buchtipp

Sie suchen das perfekte Urlaubsbuch und leichte Unterhaltung, ich habe mit großem Vergnügen das richtige Buch für Sie gefunden: David Foenkinos, „Das geheime Leben des Monsieur Pick“



Bei dieser Persiflage auf den Buchmarkt wird man vortrefflich unterhalten. Manchmal etwas schräg, aber immer amüsant wird die Geschichte eines Romans erzählt, der sein Dasein in einer Bibliothek der nicht verlegten Bücher fristet. Diese Bibliothek befindet sich in einem kleinen Dorf in der Bretagne und dort wird das Manuskript nur entdeckt, weil eine Lektorin aus Paris neugierig ist. Sie findet das Buch so gut, dass es verlegt und sogar zum Bestseller wird und eine fieberhafte Suche nach dem Autoren beginnt.
Der Verfasser soll der verstorbene Pizzabäcker des Dorfes sein, von dem die eigene Ehefrau aber behauptet, dass er außer Einkaufzetteln nichts verfasst habe. Bei der Suche nach dem begnadeten Schriftsteller menschelt es so sehr, dass vieles auf den Kopf gestellt wird. Foenkinos ist es nach seinem verfilmten, weltberühmten Roman „Nathalie küsst“ wieder gelungen, den Leser vortrefflich zu unterhalten. „Das geheime Leben des Monsieur Pick“ war in Frankreich monatelang auf den Bestsellerlisten und wird sicher auch zum Film, aber erst einmal zum schönen Ferienbuch.

Gudrun Kaschluhn

ANZEIGE

Klimaschutz ist machbar, aus der Stromwende muss die Energiewende werden!

Ein Gastbeitrag von Oliver Krischer:

Die Klimakrise verursacht immer mehr Wetterkatastrophen, trocknet Böden aus, verknappt Wasser, tötet tausende Tier- und Pflanzenarten und zerstört unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit. Sie verschärft Kriege, befeuert globale Ungerechtigkeiten und zwingt Millionen Menschen, ihre Heimat zu verlassen.
Die Weltgemeinschaft hat mit dem Klimaabkommen von Paris eine wichtige Etappe für den Klimaschutz erreicht. Jetzt geht es darum zu handeln, denn der Vertrag alleine überwindet die Klimakrise nicht. Damit wir diese richtigen Klimaziele von Paris erreichen, müssen die Vertragsstaaten in die Umsetzung gehen. Das gilt auch und besonders für Deutschland. Als viertgrößtes Industrieland der Welt haben wir eine herausragende Verantwortung für den Klimaschutz.

In der Energiewirtschaft ist Deutschland ein gutes Stück vorangekommen. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Deutschland liegt heute bei über 30 Prozent. Der Atomausstieg ist beschlossen, und die Stromwelt stellt sich auf einen immer größer werdenden Anteil der Erneuerbaren an der Erzeugung ein. Doch nur dabei darf es nicht bleiben, wenn Deutschland und die Welt die Klimaziele von Paris erreichen und den Klimawandel aufhalten wollen. Riesige Anstrengungen in den Bereichen Mobilität und Wärme liegen vor uns, die es so zu meistern gilt, dass die Umstellung für uns alle zu einem Erfolg wird. Der reine Zubau von Erneuerbaren Anlagen kann da nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Wir brauchen eine gute und enge Verzahnung der Sektoren und einen Zubau der Erneuerbaren, der für Anwohner und Natur nicht zur Belastungsprobe wird.
Der Zubau von Erneuerbaren Energien und neuen Stromleitungen muss in enger Abstimmung mit den Anwohnern erfolgen. Eine Beteiligung der Bürger an neuen Stromprojekten muss möglich bleiben, und auch Mieter*innen müssen endlich teilhaben können und von der Stromwende profitieren.

Effizienz und Erneuerbare braucht es in Zukunft auch und vor allem im Wärmebereich. Effizienz, EE-Strom und KWK müssen alte und klimaschädliche Ölheizungen ersetzten, und zwar ohne die Kosten dafür alleine den Verbraucher*innen aufzubürden. Dafür braucht es neue Konzepte für die Kostenmechanismen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Ungerechte Privilegien für die Industrie müssen abgeschafft und in Anreizformen für flexible Produktion und Abnahme umgewandelt werden. CO2-Treiber müssen angemessen belastet und klimaneutrale Technologien rentabler gemacht werden, damit die Energiewende alle Sektoren erreichen kann.

Die Energiewende muss auch endlich im Verkehrssektor ankommen. Tausende Menschen leiden unter Lärm, Luftverschmutzung und verstopften Straßen. Der Verkehr muss weg von fossilen Kraftstoffen wie Öl, Benzin, Kerosin und Diesel. Er muss weg von Verbrennungsmotoren und Abgasen. Wir brauchen die Umstellung von Autos, Busse und Bahnen auf Elektroantrieb und Strom aus erneuerbaren Quellen und strombasierten Kraftstoffen. Die Technologien dafür sind vorhanden. Und wir müssen umstellen auf wesentlich effizientere Verkehrslösungen – anstelle der Förderung von neuen Straßenbauprojekten und milliardenverschlingenden Großprojekten wie Stuttgart21 oder dem Berliner Flughafen BER. Bündnis 90/Die Grünen haben dazu ein Konzept entwickelt in dem wir eine integrierte Verkehrslösung verfolgen, in dem Bahn, Bus, Fahrrad und E-Mobilität gut vernetzt und für jeden nutzbar angeboten werden.

Oliver Krischer

Foto: www.fotostudio-keus.de

ANZEIGE

Neu:
Basis-Tarif ohne Grundgebühr!

CarSharing: die clevere Alternative zum eigenen Auto

cambio Aachen / Jülich
Telefon 0241-409 11 90
www.cambio-CarSharing.de/juelich

cambio

©Mykola Mazuryk - stock.adobe.com

Das Cannabiskontrollgesetz

Prävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung

Der Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Kriminalisierung und Repression sind keine erfolgreichen Mittel gegen den Missbrauch von Drogen. Viele Menschen leiden unter den Folgen dieser Politik. Ein Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik ist zwingend notwendig. Dabei muss der Fokus auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Forschung liegen. Ziel ist es, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Diese Forderung sieht langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen vor. Zudem soll intensiver auf die Gefahren von Tabak und Alkohol hingewiesen werden. Werbung für Nikotin soll im öffentlichen Raum verboten werden. Die Kriminalisierung von Drogenkonsument*innen muss beendet werden. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Zielgruppenspezifische und niederschwellige Angebote in der Drogen- und Suchthilfe müssen gestärkt werden. Gefährdungen soll durch risikominimierende Maßnahmen, wie Spritzentauschprogramme, Drogenkonsumräume und Substanzanalysen (Drug-Checking), entgegengetreten werden. Dazu gehört auch eine menschenwürdige Behandlung von Schwerstabhängigen auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die ideologiegeleitete Verbotstradition des Konsums von Cannabis verursacht mehr Probleme, als sie bekämpft. Statt sinnfreier Strafverfolgung, die zudem viele Millionen Euro kostet, muss auf Prävention für Kinder und Jugendliche, eine Stärkung der Suchthilfe für Abhängige und eine strenge Regulierung von Cannabis für Erwachsene gesetzt werden. Das Cannabiskontrollgesetz weist den Weg, wie individuelle Freiheit für Erwachsene und strikter Jugendschutz in eine ausgewogene Balance gebracht werden können. Ziel ist ein Jugendschutz mit strengen Kontrollen, mehr Prävention und die Vermeidung von Gesundheitsrisiken für erwachsene Konsumenten durch Regulierung und Kontrolle der Qualität.

Klare Regeln schaffen statt kriminalisieren – Cannabiskontrollgesetz einführen
Für Anbau, Handel und Abgabe von Cannabis soll ein klar geregeltes und kontrolliertes System geschaffen werden – Das Cannabiskontrollgesetz. Dieses beinhaltet drei wesentliche Punkte: Suchtprävention, Jugendschutz und Verbraucherschutz. Inhaltsstoffe sollen zukünftig überwacht und Altersbeschränkungen konsequent eingehalten werden. Der Verkauf von Cannabis soll unter strenger Wahrung des Jugendschutzes durch lizenzierte und geschulte private Kräfte erfolgen. So soll der Schwarzmarkt ausgetrocknet werden. Das entlastet Strafverfolgungsbehörden von zeitraubenden, kostspieligen und ineffektiven Massenverfahren. Darüber hinaus sollen Therapie-, Präventions- und Hilfsangebote bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dafür sollen Erträge aus der Cannabissteuer eingesetzt werden.

SbS

Foto: B90/DG

Der Bock wird zum Gärtner gemacht!

Die Lobby-Vertreter der industriellen Landwirtschaft besetzen mit Hilfe der CDU/CSU und der FDP Schlüsselpositionen in der Politik, um die Zerstörung unserer Umwelt weiter vorantreiben zu können.

Im Bund ist das Landwirtschaftsministerium seit 2005 fest in der Hand von CSU Vertretern der industriell betriebenen Landwirtschaft.
Neue Landwirtschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen wird jetzt Christina Schulze Föcking (CDU). Die Zustände der Ställe in den Schweinemastbetrieben, die ihr noch bis vor kurzem zusammen mit ihrem Mann gehörten, sind nach Medienrecherchen das Ekelhafteste, was die Massentierhaltung an Auswüchsen zu bieten hat. Und in Jülich wird der örtliche Bauernverband auf die potentielle Mitgliederliste des Umweltbeirates gesetzt. Hier wird der Bock zum Gärtner.

Die Ergebnisse dieser teilweise jahrelangen Lobbyarbeit sind die aktuellen Lebensmittelskandale, die Nitratverunreinigungen des Grundwassers, das massive Insekten- und hier vor allem das Bienensterben. Die Nachteile und Folgeschäden für den Verbraucher und auch für die Landwirte selbst treten immer deutlicher zutage. Sie sind ein Ergebnis der derzeitigen Landwirtschaftspolitik, die immer noch nach dem Prinzip handelt: Masse statt Klasse.
Die industrielle Landwirtschaft zerstört ihre eigenen Grundlagen und gefährdet damit die Nahrungsmittelversorgung aller Menschen.

Der aktuelle Giftskandal bei der Erzeugung von Hühnereiern ist nicht nur das Resultat krimineller Machenschaften Einzelner, sondern ein Ergebnis der industriellen Landwirtschaft. Die Massentierhaltung, mit ihren idealen Bedingungen für Krankheitserreger und deren Überträger wie Läuse und Flöhe, kann dieser nur noch mit hochgiftigen Substanzen wie Fibrinol und mit ständigen Antibiotikagaben Herr werden. Letztendlich aber vergiftet sich der Mensch damit nur selbst.

Der Anbau unseres wichtigsten Getreides, des Weizens, ist in einigen Teilen Europas gefährdet. In Großbritannien kann auf etwa 20 Prozent der Fläche Weizen nicht mehr problemlos angebaut werden. Auch bei uns in Deutschland gibt es inzwischen Flächen, auf denen der Anbau eingestellt werden musste. Ursache ist der Ackerfuchsschwanz, der inzwischen resistent gegen die meisten Unkrautvernichtungsmittel ist und der auf den überdüngten Böden alle anderen Pflanzen verdrängt.

Unser Grundwasser wird zunehmend durch Nitrate verunreinigt, die bei der Trinkwasser-Aufbereitung technisch aufwendig und kostenintensiv beseitigt werden müssen. Ursache ist die Überdüngung durch Gülle aus den Ställen der Massentierhaltung. Besonders stark betroffen sind Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Dieses Problem ist beileibe nicht neu, sondern schon lange bekannt. Schon 1984, also vor 33 Jahren(!) sendete die ARD unter dem Titel „Und ewig stinken die Felder“ eine Dokumentation zum Thema Massentierhaltung und Überdüngung der Ackerflächen im Emsland. Geändert hat sich seitdem nichts, es stinkt immer noch zum Himmel

Zur Bekämpfung schädlicher Insekten werden hochwirksame sogenannte Neonicotinoide eingesetzt, die jedoch nicht nur „Schädlinge“ bekämpfen und deren Verwendung daher von der EU stark reglementiert ist. Inzwischen wird das dramatische Ausmaße annehmende Bienen- und Insektensterben in Europa auch auf eben diese Insektizide zurückgeführt, die damit die Nahrungsgrundlage vieler Vögel und vor allem auch die Blütenbestäubung gefährden. Die EU schlägt daher eine Ausweitung des Anwendungsverbots von Neonicotinoiden vor. Unter anderen haben die deutschen EU-Abgeordneten Peter Jahr (CDU) und Ulrike Müller (FDP) versucht diese Verbesserungen zu verhindern.

Zu Beginn dieses Jahres bekannte die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, eine Verfechterin der industriellen Landwirtschaft: „An einigen Punkten überschreitet der Modernisierungspfad die Grenzen der Nachhaltigkeit“. Eine Einsicht, die hoffentlich nicht zu spät kommt, denn es werden wohl nicht nur einige Punkte bleiben, wenn wir nicht schnell handeln. Der Profit einiger weniger Agrarkonzerne und großer Landwirtschaftsbetriebe darf nicht das Maß für Zukunftsentscheidungen in der Landwirtschaft sein - Entscheidungen, die unsere Umwelt, unsere Gesundheit und die Nachhaltigkeit unserer Ernährung betreffen.

LB

Arten- und Naturschutz

©www.photostock.am - stock.adobe.com

Im Jahr 2002 haben 193 Staaten in Den Haag, Niederlande, die Biodiversitäts-Konvention (Convention on Biological Diversity, CBD) unterschrieben.

Ziel war es, bis zum Jahr 2010 den Verlust der biologischen Vielfalt auf globaler, nationaler und regionaler Ebene signifikant zu reduzieren. Kein Land erreichte das gesteckte Ziel, stattdessen erreicht die Zahl der bedrohten Pflanzen- und Tierarten jedes Jahr einen neuen Höchststand. Im Zuge der 10. CBD-Konferenz im Jahr 2010 in Nagoya, Japan, verpflichteten sich die 193 teilnehmenden Länder, bis zum Jahr 2020 den Fokus auf die Erhaltung der Biodiversität (Artenvielfalt) und die Herausforderungen des Klimawandels hinsichtlich des Artenschutzes zu legen.
In Nordrhein-Westfalen sind gegenwärtig 45 Prozent - also beinahe die Hälfte! - der heimischen Tier-, Pilz- & Pflanzenarten in ihren Beständen gefährdet oder bereits ausgestorben. Am stärksten betroffen sind im Wasser lebende Tierarten wie Flusskrebse, Algen und Lurche, die unter einer zum Teil stark schwankenden Qualität des Wassers zu leiden haben. Zu den am stärksten bedrohten Arten in Deutschland gehören zum einen Tiere, die von einer großen Pflanzenvielfalt abhängig sind (z.B. Insekten) und zum anderen Tiere, deren Lebensraum sich massiv verkleinert hat (z.B. Fledermäuse, Feldlärchen).
Nach einer Novellierung des Grundgesetzes 2010 und einer damit einhergehenden Föderalismusreform gelten in Deutschland für den Arten- und Naturschutz das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sowie die Landesnaturschutzgesetzte. Während die Inhalte dieser Gesetze bis zum Jahr 2010 zum Teil konkurrierend waren, gilt seitdem für alle Bundesländer das BNatSchG, das durch das jeweilige Landesnaturschutzgesetzt ergänzt wird. Wesentliche Punkte des BNatSchG sind Schutz und Pflege wild lebender Tier- und Pflanzenarten (Artenschutz) sowie der allgemeine Schutz von Natur und Landschaft (Naturschutz). Ziel von Bündnis 90 / Die Grünen ist es, die im BNatSchG festgelegten Regelungen konsequent umzusetzen und die Umsetzung zu überwachen.

SbS

ANZEIGE

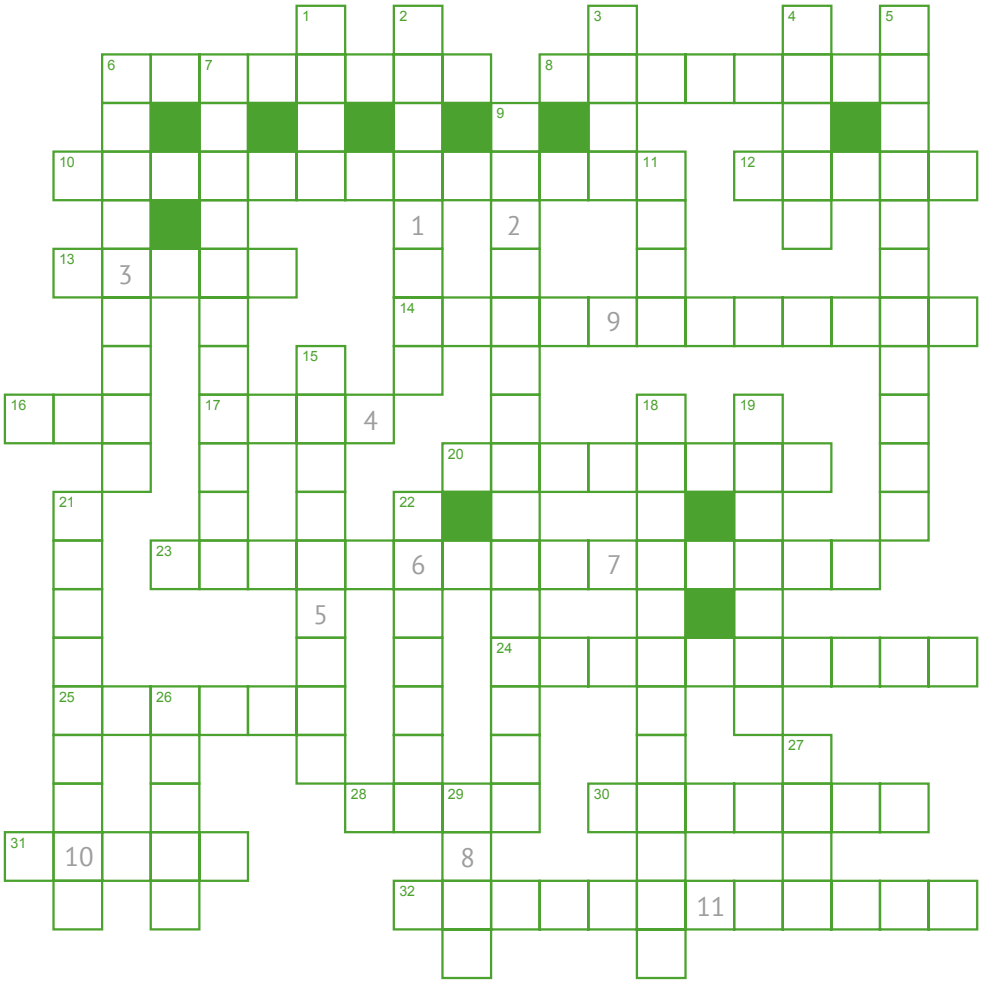
Kreuzworträtsel

Waagerecht:

6. Nicht gern gesehen wenn's schnell gehen soll | 8. Oft Abschluss eines heißen Tages | 10. Zwar ohne Perlen aber sie verband drei Länder | 12. In Jülich stark vertreten, dieses Reich der Mitte | 13. Den Handel freut es wenn viel hinüber geht. Den Wirt auch. | 14. Jülichs gute Stube mit schlechtem Teppich 16. Diese Schließung ist jetzt auch wieder in der Schlosskapelle möglich. 17. Das in der Suppe, auch von der Politik oft gesucht. | 20. Zweifelhaftes Geschreibsel wird heute noch manchmal so bezeichnet. | 23. belebt jetzt regelmäßig abends den Marktplatz | 24. Neue Erfrischungsmöglichkeit an der Rur | 25. Hat gerade wieder begonnen | 28. Schneckenfeind | 30. Hier gab's schon zu Beginn der Saison Besucherrekorde | 31. Renaissancegarten und Museum stehen ganz in Ihrem Zeichen | 32. Jülichs Neue kommt aus dem Reich der Mitte

Senkrecht:

1. Kein glück | 2. Bacchus zu Ehren auf dem Schlossplatz | 3. Ersatz für die Stadthalle? | 4. Material für die harten Fälle | 5. Hausbesitzers Leid, Kämmerers Freud | 6. Belesene kennen sie oft auch von Innen. | 7. Ob fiedeln oder flöten, hier lernt man's. | 9. Nicht nur am Strand gespielt auch auf dem Schlossplatz | 11. Wenn Dichter erzählen kommt manchmal das dabei heraus. | 15. Beach in Barmen am ... | 18. Sind gerade wieder vorbei | 19. Darauf fährt Jülich ab in diesem Jahr. | 21. Gärtners Sorge dieses Jahr, diese Pflanze 22. Und so heißt Jülichs Neue | 26. Immer seltener gesehen auf dem Feld 27. Erntezeit jetzt, auch für dieses | 29. Ziemlich erschöpft dieser Jülicher, finanziell gesehen.



Wir verlosen dreimal 2 Kinokarten für das KuBa. Einsendungen des Lösungswortes unter Angabe von Name und Adresse bitte per Mail an gewinn@juelich2030.de
Einsendeschluss ist der 30. September 2017.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Das politische Buch

Der Terrorist als Gesetzgeber von Heribert Prantl

Heribert Prantl: Der Terrorist als Gesetzgeber, Droemer Verlag, 2008, ISBN 978-3-426-27464-4

In seinem 2008 erschienen Buch zur inneren Sicherheit in Zeiten des Terrorismus plädiert Heribert Prantl eindringlich für eine mutige Politik nach dem Motto Recht sichert Freiheit. Er zeigt in vielfältiger Weise auf, wie sich der Gesetzgeber Schritt für Schritt von den Grundsätzen unseres Grundgesetzes entfernt. Eines Grundgesetzes, das 1949 in erheblich unsichereren Zeiten als den unseren verfasst wurde: Überall auf den Straßen Deutschlands Flüchtlinge und ehemalige Zwangsarbeiter, eine Kriminalitätsrate die in dieser Höhe heutzutage kaum vorstellbar ist und zugleich eine noch kaum funktionierende staatliche Polizei und Verwaltung. Gleichzeitig ein kalter Krieg, der jederzeit zu einem heißen zu werden drohte. Dennoch standen einige Grundsätze überhaupt nicht zur Diskussion:

1. Die Würde des Menschen ist unantastbar - womit auch jede Art der Folter verboten ist. 2. Das Verbot der Todesstrafe 3. das uneingeschränkte Recht auf Asyl.

Heute, in einer Zeit in der Deutschland, sowohl im Vergleich mit 1949, als auch im Vergleich mit den meisten anderen Staaten auf der Welt zu den sichersten überhaupt gehört, wird über diese Grundsätze und ihre Einschränkung aus Gründen der inneren Sicherheit verstärkt diskutiert. In sechs Kapiteln beschäftigt sich Prantl beispielsweise mit der Verlagerung des Strafrechts in das Vorfeld einer Straftat, also der sogenannten Prävention. Hier ist inzwischen vieles erlaubt, was im normalen Strafrecht, also zum Zweck der Aufklärung eines Verbrechens unmöglich ist: zum Beispiel eine umfassende Kommunikationsüberwachung oder eine Inhaftierung ohne Grund über einen Zeitraum von bis zu zwei Wochen.

Besonders eindringlich wird Prantl beim Thema des Folterverbots angesichts der Aussagen des damaligen Innenministers Schäuble. Dieser schließt zwar die Folterung auf deutschem Boden durch deutsche Beamte aus, ist aber andererseits durchaus bereit auf diese Weise in anderen Ländern gewonnen Informationen zu nutzen. Artikel eins des Grundgesetzes wird von Schäuble also eingeschränkt auf: - Die Würde des Deutschen in Deutschland ist unantastbar. Auch die Absurdität der vielbeschworenen Phrase, „Wer nichts zu verbergen hat, der hat auch nichts zu befürchten" wird von Prantl eindringlich vor Augen geführt, ebenso wie die Diskussion über ein sogenanntes „Feindstrafrecht" bei dem Personen unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung unserer Rechtsgrundsätze verweigert wird, sie also zu Unpersonen erklärt werden dürfen. Eine Praxis, die zuletzt in der Nazizeit üblich war.

Bei der Lektüre dieses 2008 erschienenen Buches hat man keineswegs den Eindruck, dass es inzwischen an Aktualität verloren hat, ganz im Gegenteil. Mit jedem Jahr, das seitdem vergangen ist hat es an Aktualität gewonnen.

Heribert Prantl ist Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung.

Red.

Wetter

Wetterregel:

Septemberwärme dann und wann,
zeigt strengen Winter an.

Impressum:

Herausgeber:
Bündnis 90/Die Grünen
Ortsverband Jülich
Ralf Lehmann
Große Rurstraße 45
52428 Jülich
www.gruene-juelich.de
Redaktion:
Jürgen Laufs, Dr. Lutz Baumgarten, Marita Boslar, Anke Talarek, Sebastian Steininger
V. i. S. d. P.: Dr. Lutz Baumgarten, Meisenweg 1b, 52428 Jülich
Kontakt Redaktion:
Dr. Lutz Baumgarten
l.baumgarten@freenet.de
Werbung
Jürgen Laufs
Mail: anzeige@dieneuejuelicher.de
Druckauflage: 10.000 Exemplare
Druck: MegaDruck
Produktions- und Vertriebs GmbH
Eichendorffstraße 34
26655 Westerstede